

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden
Verlagsnummer: 2544
Kurs der Tagesblätter: Nr. 20011
Schlüsselnummer u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden - E. 1, Marienstraße 25/42

Verlag: Verlag Neff & Reichardt,
Dresden, Postfach-Nr. 1048
Kurs der Tagesblätter: Nr. 20011
Schlüsselnummer u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden - E. 1, Marienstraße 25/42

Verlag: Verlag Neff & Reichardt,
Dresden, Postfach-Nr. 1048
Kurs der Tagesblätter: Nr. 20011
Schlüsselnummer u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden - E. 1, Marienstraße 25/42

„Verordnung zur Belebung der Wirtschaft“

Halbe Bürgersteuer ab 1. Oktober - Steueranrechnungsscheine 40 v. H. - Die Arbeitereinstellungsprämien

Keine Bürgersteuer für Ehefrauen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 5. Sept. Die Reichsregierung hat die Vertreter der deutschen Presse auf Montag 4 Uhr nachmittags zu sich geladen, um sie mit der neuen Verordnung zur Belebung der Wirtschaft, die der Reichspräsident gestern unterzeichnet hat, bekanntzumachen. Es handelt sich dabei um ein außerordentlich umfangreiches Gesetzgebungswerk, das nicht weniger als 7½ Seiten des Reichsgesetzblattes in Anspruch nimmt. Die Verordnung selbst zerfällt in vier Kapitel, denen in einer getrennten Verordnung die Durchführungsvorschriften folgen.

Kapitel 1 befaßt sich mit dem System der Steueranrechnungsscheine

Aber die der Reichskanzler in seiner Rede in Münster bereits Andeutungen machte und das seitdem im Mittelpunkt der finanzpolitischen Erörterungen steht. Im Gegensatz zu den früheren Mitteilungen ist jetzt über die Höhe der Steueranrechnungsscheine eine gleichmäßige Regelung getroffen worden. Bei der Umschreibung werden nicht mehr, wie früher angefangen, 50 Prozent, sondern nur 40 Prozent an Steueranrechnungsscheine gutgeschrieben werden, bei der Grundsteuer hat 25 Prozent ebenfalls 40 Prozent, bei der Gewerbesteuer bleibt es bei 40 Prozent. Im Gesamtbetrag der Steueranrechnungsscheine wird also kein Unterschied eintreten. Man hat dies deshalb getan, weil die Reichsregierung die Gesamtsumme von 2,2 Milliarden RM., die durch das System der Steueranrechnungsscheine mobilisiert werden, nicht überschreiten will.

Kapitel 2 befaßt sich mit der Sozialpolitik

und enthält eine Anzahl Ermäßigungen mit dem Ziele der Auflockerung des harten Tarifsystems. Für diese Auflockerung ist eine ganz neue Methode gefunden worden. Die Betriebe sind dadurch gehalten, für die 1. bis 30. Arbeitsstunde den tarifmäßigen Lohn aufrechtzuerhalten. Von der 31. bis 36. und der 37. bis 40. Arbeitsstunde treten gestaffelte Tarifabzüge in noch schärfender Höhe ein. Für die 41. bis 48. Arbeitsstunde wird wieder voller Tariflohn gezahlt werden. Die Absicht der Reichsregierung hinsichtlich dieser Bestimmungen geht dahin, die Betriebe zu veranlassen, mehr Arbeitskräfte in der 31. bis 40. Arbeitsstunde einzustellen, anstatt die Belegschaft volle 48 Stunden durcharbeiten zu lassen. Es handelt sich also dabei um eine Anreize zur Arbeitsförderung, die, wie die Regierung hofft, sich alsbald auf dem Arbeitsmarkt auswirken wird.

Das System der Prämienzahlung für Neueinstellung von Arbeitskräften

hat folgende Form gefunden: Die Zuschüsse von 400 Mark im Jahre oder 33 Mark im Monat werden für jeden Arbeitnehmer bezahlt, der die Belegschaftsliste des Betriebes im Durchschnitt der Monate Juni, Juli und August 1932 überschreitet. Etwa am 1. Oktober. Entsprechende Anträge können nach Ablauf eines Kalenderjahres, also frühestens Anfang Januar, gestellt werden. — Der dritte Teil der Verordnung befaßt sich mit

Kreditermäßigungen für Grenzgebiete

landwirtschaftliche und Konsumgenossenschaften und dergleichen mehr. Insgesamt dürften 40 bis 50 Millionen seitens des Reiches zu diesem Zwecke mobilisiert werden.

Der 4. Teil der Verordnung befaßt sich mit der Finanzierung. Zwei wichtige Punkte dieses Kapitels sind die Vorverlegung der Bürgersteuertermine auf den 1. Oktober 1932 und die Angleichung der Gehälter der höheren Angestellten bei den vom Reich subventionierten Betrieben an die entsprechenden Gehaltsstufen der Reichsbeamten. Was die Bürgersteuer angeht, die regulär eigentlich erst am 1. Januar erhoben werden dürfte, so entspricht die jetzt von der Reichsregierung beschlossene Vorverlegung dem einseitigen Wunsch der Städte und Gemeinden, die die Regierung darauf aufmerksam machte, daß ihr Finanzsystem zusammenbrechen müsse, wenn sie nicht durch frühere Mobilisierung der Mittel aus der Bürgersteuer zur Weiterführung der Wohlfahrtsarbeiten in Stand gesetzt würden. Die Regierung hat sich nur schweren Herzens zu dieser Vorverlegung entschlossen.

Aus diesen Gründen verordnet sie einen Abschlag von 50 Prozent. Außerdem soll für Ehefrauen in Zukunft keine Bürgersteuer mehr entrichtet werden.

Die Gehälter der leitenden Angestellten der subventionierten Betriebe werden in Zukunft nach jenen Gehaltsstufen bemessen, in die Reichsbeamte bei gleichwertiger Arbeit eingegliedert sind. Das Höchstgehalt würde also in Zukunft das Einkommen des Reichskanzlers mit 2000 RM. im Jahre sein. Die Einsetzung eines Reichskommissars für subventionierte Betriebe ist in Aussicht genommen und wird auf dem Verwaltungsweg durchgeföhrt werden, sobald endgültige Beschlüsse vorliegen. In diesen Betrieben gehören u. a. die Schiffahrtsgesellschaften, die Schiffbauwerke, die Bergwerke, die Oberirdische Eisenindustrie, Gießereien usw. In diesen Betrieben müssen alle Sonderausgaben, wie Repräsentationskosten, Provisionen, Taximeter usw., entfallen sein.

Die neue Notverordnung dürfte noch heute abend der Deffentlichkeit übergeben werden.

Reichstagszusammentritt noch unbestimmt

Berlin, 5. Sept. Die parlamentarische Lage ist auch am Beginn der neuen Woche noch völlig ungeklärt. Reichstagspräsident Göring ist wieder in Berlin eingetroffen, hat aber einen Termin für die nächste Reichstagsitzung bisher nicht festgelegt. In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß Präsident Göring eine Entscheidung über die nächste Reichstagsitzung erst nach dem für Ende der Woche in Aussicht genommenen Empfang des Reichstagspräsidenten beim Reichspräsidenten von Hindenburg treffen wird. Danach kann als sicher angenommen werden, daß der Reichstag jedenfalls in dieser Woche, wie ursprünglich erwartet wurde, nicht mehr zusammentreten wird.

Die Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum werden, nachdem der Katholikentag nunmehr seinen Abschluß gefunden hat, in den nächsten Tagen wieder fortgesetzt werden. Die deutschnationale Reichstagsfraktion ist für Donnerstag dieser Woche einberufen worden.

Neue Reichsbahnaufträge

Berlin, 5. Sept. Wie wir erfahren, wird in der Ende dieses Monats stattfindenden Verwaltungsratsitzung der Deutschen Reichsbahngesellschaft auch die Frage der zusätzlichen Bestellungen auf Grund der nach dem Regierungsprogramm ausgegebenen Steueranrechnungsscheine erörtert werden. Die Beförderungssteuer dürfte bei der Reichsbahn unter Berücksichtigung des Verkehrsrückganges in diesem Jahre etwa 100 Millionen Reichsmark betragen. Die Reichsbahnverwaltung beabsichtigt, in demselben Umfange, in dem sie sich auf Grund der hierfür gewährten Steueranrechnungsscheine Mittel verschaffen kann, neue, aber das bisherige Programm hinausgehende Bestellungen zu vergeben.

Heute abend zwei Reichsminister im Rundfunk

Berlin, 5. Sept. Heute, Montag, 19.25 Uhr, sprechen in der Stunde der Reichsregierung Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold und Reichsfinanzminister Graf Schwerin v. Krollig über das Thema „Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung“.

Kronprinz Ruprechts Bekenntnis zum Reich

München, 5. Sept. In Nibach in Oberbayern fand am Sonntag eine große Bayernkundgebung statt. Anlaß waren die 750. Wiederkehr des Tages, an dem Otto von Wittelsbach das Herzogtum Bayern verlassen wurde, und der 100. Jahrestag der Grundsteinlegung des Nationaldenkmals in Oberwittelsbach. Etwa 10 000 Personen nahmen an dem Feste teil, darunter 70 Vereine mit Fahnen. Auf dem Burgraben in Oberwittelsbach hielt der Bischof von Augsburg, Dr. Kumpfmüller, einen Festgottesdienst ab, dem Kronprinz Ruprecht von Bayern sowie viele Angehörige des bayerischen Adels beiwohnten. Bei einem anschließenden weltlichen Fest sprach auch Kronprinz Ruprecht, der seiner Freude darüber Ausdruck gab, daß sich in letzter Zeit die Ueberzeugung immer mehr Bahn gebrochen habe, daß die Freiheit der Länder gewahrt werden müsse, und daß das Reich nur gedeihen könne, wenn die Länder gedeihen.

„Wir wollen gute Bayern bleiben und sind freudig bereit, an einem Reich, in dem wir mit unverminderten Rechten an seinem Gedeihen mitwirken können.“

Auch auf einem in Nibach abgehaltenen Bauerntag hielt Kronprinz Ruprecht eine Ansprache, in der er sich für die Deutung des Bauernstandes und für die Förderung des Binnenmarktes als des wichtigsten Mittels zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit erklärte. Der Bauernstand bleibe das Rückgrat des Volkes. Kronprinz Ruprecht wurde für seine Ansprache mit dem Reichsadler ausgezeichnet. Neben anderen Rednern sprach auch Geheimrat Dr. Helm, der dem Wunsch nach baldiger Wiederherstellung des bayerischen Nationalrats Ausdruck gab.

Der Reichspräsident an den Stahlhelm

Berlin, 5. Sept. Reichspräsident v. Hindenburg hat auf das Begrüßungsdelegatentram der Bundesführer des Stahlhelms vom 13. Reichsfrontsoldatentag folgendes Antwortschreiben geschickt:

„Den zum 13. Frontsoldatentag versammelten Kameraden vom Stahlhelm danke ich sehr für das Gedächtnis treuer Gefolgshaft und für die überlieferten Grüße. Diese in kameradschaftlicher Gesinnung erwidern, übermittle ich den Wunsch, daß der Geist der Schicksalsverbundenheit und Wehrhaftigkeit aller Volkstreue Würde und Kraft nach innen und nach außen und damit unserem Vaterlande eine Stellung geben möge, wie sie ihm gebührt.“

Schulschließung in Mecklenburg-Strelitz

Neustrelitz, 5. Sept. Das Mecklenburg-Strelitzer Staatsministerium hat als Vorbeugungsmaßnahme gegen die weitere Ausbreitung der spinalen Kinderlähmung die Schließung aller Schulen des Landes bis zum 18. September angeordnet. Besonders in Neustrelitz und Umgebung treten Neuerkrankungen auf, von denen bereits sechs tödlich verlaufen sind.

Die Konferenz in Stresa tritt zusammen

Handelspolitische Südost-Probleme

Stresa, 5. Sept. Heute nachmittags 14.00 Uhr wird in Stresa die erste Sitzung des von der Lausanner Konferenz gebildeten Komitees für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Mittel- und Osteuropas unter dem Vorsitz des ehemaligen französischen Handelsministers Georges Bonnet stattfinden. Führer der deutschen Delegation ist Ministerialdirektor Vosse. Die Konferenz wird voraussichtlich ein Büro und darauf drei Unterausschüsse ernennen, von denen der erste finanzielle Fragen, der zweite wirtschaftliche und der dritte agrarische Fragen behandeln soll. Mit Ausnahme der Agrarstaaten (mit Einbeziehung Polens und der Tschechoslowakei) liegt noch kein endgültiges Programm vor. Die Delegationen verhalten sich abwartend. Es verläutelt jedoch,

daß Polen und die Tschechoslowakei einen Vorstoß unternehmen werden, um Deutschland zur Gewährung von Präferenzen für ihre landwirtschaftlichen Produkte zu bewegen.

Die deutsche Delegation wird den bekannten deutschen Standpunkt vertreten und erneut auf die deutschen Bemühungen, die südosteuropäischen Probleme durch Sonderverträge zu lösen, hinweisen.

Es besteht im großen und ganzen wenig Hoffnung, daß auf dieser Konferenz irgendwelche entscheidenden Ergebnisse erzielt werden. Man glaubt aber wenigstens, die Arbeiten des europäischen Studienkomitees durch Empfehlungen erleichtern zu können. Die Konferenz wird voraussichtlich drei Wochen dauern.

Berzweiflung in der Nordmandschurei

Furchtbare Ueberschwemmungskatastrophe

London, 5. Sept. Die „Daily Telegraph“ aus London meldet, wird dort von amtlicher Seite erklärt, daß infolge großer Ueberschwemmungen in der nördlichen Mandschurei mehr als eine Million Menschen in Verarmung und Hungertode verfallen. Lebensmittel, Kleidung und Unterkunft würden dringend benötigt. Flüchtlinge, die die be-

troffenen Strecken überflogen haben, beschreiben sie als große Seen, aus denen die Gipfel der Hügel wie Inseln hervorstachen. Viele der heimgekehrten Einwohner haben das Räuberhandwerk ergriffen, und in den Städten werden Abwehrmaßnahmen getroffen. Der Premierminister hat beschlossen, einen Aufruf um Hilfe an die ganze Welt zu richten.

Der Mandschurei-Bericht unterzeichnet

Berlin, 5. Sept. Der Bericht des Mandschurei-ausschusses des Völkerbundes wurde nach neunmonatiger Untersuchung am Sonntagvormittag auf dem Balkon des deutschen Krankenhauses in Peking unterzeichnet. Der Bericht ist etwa 400 Seiten lang und enthält über 100 000 Worte. Anschließend an die Unterzeichnung wurde der Ausschuss auf gelöst. Je ein Abzug des Berichtes wurde der chinesischen und japanischen Regierung in verschlossenen Umschlägen überreicht, die erst geöffnet werden sollen, wenn das Original in Genf eingetroffen ist. Vorläufig befindet sich das Original noch in Peking, da noch keine Entscheidung über die schnellste Beförderungsmaßnahme getroffen worden ist. Lord Litton erklärte, daß der Bericht einstimmig gefaßt sei.

Wie die japanische Botschaft in Washington mitteilt, hat der japanische Admiral Kormora seine beabsichtigte „Friedensmission“ nach Amerika aus Gesundheitsrücksichten aufgegeben.

Glückwünsche an Karl Friedrich v. Siemens

Berlin, 5. September. Reichspräsident v. Hindenburg hat dem Vetter des Siemens-Konzerns und Präsidenten des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahngesellschaft Dr.-Ing. e. h. Dr. rer. nat. h. c. Karl Friedrich v. Siemens anlässlich der Vollendung seines 60. Lebensjahres in einem herzlichen Schreiben seine Glückwünsche ausgesprochen. Reichskanzler v. Papen hat Dr. von Siemens persönlich im Namen der Reichsregierung telegraphisch aufrichtige Glückwünsche übermittelt.